

## Stellungnahme des Jugendgemeinderats

Beitritt zum kommunalen Städtenetzwerk „Sichere Häfen“

Interfraktioneller Antrag der Fraktionen 90/Die Grünen und SPD, der Linken und des Bündnisses der Vielfalt vom 27.04.2020 (Vorl. Nr. 158/20)

Der Jugendgemeinderat unterstützt den Antrag zum Beitritt zur Organisation Seebrücke in allen drei Punkten aus folgenden Gründen:

- Eine europäische Lösung wäre ideal, da die Rettung von Flüchtlingen ein großes Unterfangen ist und natürlich keinesfalls von einem Staat, geschweige denn einem Zusammenschluss vergleichsweise weniger Städte getragen werden kann. Eine europäische Lösung braucht jedoch noch einige Zeit z.B. wurde die Stärkung des Grenzschutzes um 10.000 Beamte im April 2019 beschlossen, wird aber erst 2027 umgesetzt. Dies verdeutlicht, wie langwierig solche Prozesse sind. Deshalb sollte Ludwigsburg nicht auf eine zentrale Lösung des Problems warten, sondern die Verantwortung schon jetzt übernehmen.
- Auch wenn Ludwigsburg bereits einen vorbildlichen Beitrag zur Unterbringung von Flüchtlingen leistet, ist es aus Sicht des Jugendgemeinderates nicht angemessen, die Rettung der Flüchtlinge außer Acht zu lassen.
- Des Weiteren möchten wir als Jugendgemeinderat darauf hinweisen, dass es bei der Rettung der Flüchtlinge durch die Seebrücke um bereits Geflüchtete handelt, die an den Grenzen der EU gestrandet sind oder sich auf dem Mittelmeer befinden. An diesem Punkt der Flucht würde Entwicklungshilfe nicht zur Rettung beitragen. Abgesehen von dem Fakt, dass eine große Gruppe der Flüchtlinge aus Kriegsflüchtlingen besteht und es nicht im Rahmen der Möglichkeiten Ludwigsburgs liegt, den Nahostkonflikt zu lösen.
- Das Argument, die Geflüchteten auf Lesbos werden bevorzugt und man sollte allen Flüchtlingen Perspektiven bieten, ist aus unserer Sicht unzureichend. Natürlich sollte allen Menschen, die sich auf der Flucht befinden, die besten Möglichkeiten bei ihrer Ankunft in Deutschland gewährt werden. Dies steht jedoch keinesfalls im Gegensatz zu der Intention der Seebrücke. Sie hat sich zwar vorrangig der Rettung der Flüchtlinge auf Lesbos verschrieben, aber nicht mit dem Ziel, andere Flüchtlinge zu benachteiligen.
- Die inspirierende Wirkung, die dazu führt, dass mehr Bewohner ihre Heimat verlassen, ist nicht erwiesen.
- Dass sich Staaten wie Ungarn aus der Verantwortung ziehen, wenn Flüchtlinge durch die Seebrücke gerettet werden, ist ein berechtigter Einwand. Trotzdem sollte man Untätigkeit nicht damit rechtfertigen, dass andere Staaten bzw. Städte ebenfalls untätig sind, sondern in diesem Fall im Sinne humanitärer Prinzipien handeln.